

Herausforderer Buchanan: Schlacht um die Südstaaten

Von weiblicher Emanzipation hält er nichts: Das Auto, die Geschirrspülmaschine und den Supermarkt bezeichnet er als die „wirklichen Befreier der amerikanischen Frauen". Den Anblick schwarzer Bongotrommler auf Washingtoner Straßen empfand er als Zumutung.

Ginge es nach Buchanan, würden nur noch Europäer in die USA einwandern; die Grenze zu Mexiko möchte er am liebsten ganz dichtmachen.

Den Ruf eines unerbittlichen Wadenbeißers verdiente sich der junge Buchanan als Journalist. Bei der konservativen Tageszeitung *Globe Democrat* in St. Louis habe er politische Gegner „in Stücke zerrissen", brüstete sich Buchanan. Als Kolumnist und Gastgeber von TV-Talkshows hielt er auch später nichts von Nuancen: Den Kongreß in Washington tat er als „israelisch besetztes Territorium" ab, den chinesischen Parteipatriarchen Deng Xiaoping beschimpfte er als „kettenrauchenden kommunistischen Zwerg".

Daß sich hinter dem schroff-aggressiven Auftreten womöglich doch Mitgefühl verbirgt, offenbarte Buchanan in New Hampshire. Angesichts von Arbeitslosigkeit und Armut setzte sich der Gegner staatlicher Sozialausgaben plötzlich für mehr Arbeitslosenhilfe ein.

Dabei ist nicht mal sicher, ob Buchanan wirklich ein Freund der Demokratie ist. Als politisches Vorbild nannte er einmal den spanischen Caudillo Francisco Franco, an Hitler rühmte er „großen Mut" und „oratorische Macht".

Schonung von Widersachern hält Buchanan für Schwäche. Im Weißen Haus des Watergate-Präsidenten Richard Nixon formulierte er als Redenschreiber rechtlich riskante Strategien für den Kampf gegen die innenpolitischen Gegner Nixons und empfahl sich dem Dienstherrn als Ausputzer, der unter „unbotmäßigen Bürokraten" aufräumen wollte.

Seinem Helden Ronald Reagan diente Buchanan ähnlich ergeben; den Wahlsieg des gemäßigten Republikaners George Bush 1988 empfand er als ein Debakel für den rechten Parteiflügel. Der soll sich jetzt hinter dem Herausforderer Buchanan sammeln und „King George" heimzahlen, daß er die „Reagan-Revolution" durch Steuererhöhungen verraten hat.

Erfolglos versuchte Bush, den forschen Rivalen während des Vorwahlkampfes in New Hampshire totzuschweigen. In den verworrenen Ansprachen des Präsidenten tauchte Buchanan nur als „der andere Kerl" auf.

Am Morgen nach der Wahl war es mit der Zurückhaltung vorbei: Der bislang beschauliche Wahlkampf soll sich nun in eine erbitterte Schlacht um den amerikanischen Süden verwandeln, wo die nächsten wichtigen Vorwahlen anstehen. Präsidentensprecher Marlin Fitzwater empfahl Reportern, sie sollten genügend Socken waschen, „weil wir für längere Zeit nicht nach Hause kommen". Pausenlos will Bush jetzt durch die Südstaaten ziehen.

Doch schon nächste Woche in Georgia könnte dem Präsidenten neuerlich Ungemach drohen. Traditionell bevorzugen die republikanischen Wähler des Staates konservative Kandidaten. Da in Georgia auch parteiunabhängige und demokratische Wähler über die Bewerber der Republikaner mitentscheiden dürfen, könnte die Buchanan-Kandidatur zu einem Sammelbecken konservativer Südstaatler werden.

Das aber wäre ein Alptraum für George Bush: Je länger sich der Kampf mit Buchanan hinzieht, desto mehr Munition fällt den Demokraten für den Hauptwahlgang in die Hände.

Bisher sei er „sehr freundlich und gütig gewesen", erklärte der bedrängte Präsident nach seinem mühsam errungenen Sieg in New Hampshire. Freundlich werde er auch weiterhin bleiben, „aber im Moment überlege ich mir noch, wie gütig ich sein soll".

Japan

Dreifach kassieren

Der größte Finanzskandal der japanischen Geschichte wird die Regierung Miyazawa wohl zu Fall bringen.

Mit viel Ehrgeiz und einem alten Lastwagen begann ein junger Mann in Kyoto vor 35 Jahren seine Karriere als Fuhrunternehmer. Heute gebietet Kiyoshi Sagawa, 69, über ein Speditionsimperium von 100 Firmen, rund 25 000 Angestellten und 14 000 Fahrzeugen. Umsatz im vergangenen Jahr: 909 Milliarden Yen (knapp 12 Milliarden Mark).

70 Prozent davon erwirtschaftete die Unternehmenstochter Tokyo Sagawa Kyubin in der Hauptstadt. Deren Manager, Hiroyasu Watanabe, 57, trat aber voriges Jahr in den Ruhestand – nicht ganz programmgemäß, da ruchbar geworden war, daß er ausgiebig mit Japans berüchtigten Syndikatsgangstern, den Yakuza, gekungelt hatte.

Sein Chef Sagawa erklärte den Aufstieg seiner Firma zum zweitgrößten Fuhrkonzern Japans gern mit Weisheiten wie: „Arbeite doppelt, kassiere dreifach." Zu dieser als „Sagawa-Logik" bekannten Philosophie gehörte auch die Erkenntnis: „Die Hosentaschen von Politikern sind sehr groß."

Der Spediteur bemühte sich, sie zu füllen. 1985 etwa spendete er dem ehemaligen Ministerpräsidenten Kakuei Tanaka 100 Millionen Yen (1,3 Millionen Mark). Das Geld war schlecht investiert: Zu der Zeit war Tanaka nach einem Schlaganfall bereits Polit-Rentner.

„Sagawa unterstützt nur Politiker, die erfolglos sind", lästerte deshalb sein Topmanager Watanabe. „Ich unterstütze diejenigen, die den Kern der regierenden Liberaldemokraten bilden."

Watanabes Großzügigkeit brachte ihm den Ruf eines barmherzigen „Samariters der Politik" ein. „Er konnte nie



Verhafteter Watanabe(r.): „Samariter der Politik"

nein sagen", meint ein Geschäftsfreund. Der Manager achtete auf Diskretion. „Es sind etwa 130 Politiker, die zu Watanabe kamen und Geld entgegennahmen", sagte sein langjähriger Mitarbeiter Yasuo Matsuzawa. „Watanabe gab jeweils mindestens 50 bis 100 Millionen Yen direkt in die Hand."

Welche Herren wie oft mit solchen „Souvenirs" bedacht wurden, ist bislang ungeklärt. Insgesamt aber kamen illegale Parteispenden von 70 bis 80 Milliarden Yen (mehr als eine Milliarde Mark) zusammen, meint der Kronzeuge Matsuzawa. Fünf Großspendenempfänger erhielten jeder mehr als 5 Milliarden Yen (etwa 64 Millionen Mark).

Matsuzawa schwante frühzeitig Schlimmes. Wenn Namen und Details bekannt würden, fürchtete er, „wäre es das Ende Japans". Vorletzten Freitag griff die Staatsanwaltschaft zu und verhaftete vier Topmanager, darunter Watanabe und Matsuzawa.

Die Sagawa-Affäre komme einem Erdbeben „mindestens der Stärke sechs" gleich, schrieb die Zeitung *Mainichi*, vielleicht sei es sogar das endgültige, „ganz große Beben".

Auch für das an politische Korruption gewöhnte Japan sprengt der Fall alle bis dahin für möglich gehaltenen Dimensionen. Das Milliarden-Monopoly der Herren Watanabe und Partner dürfte kaum einer der Beteiligten unbeschadet überstehen.

Das erste Opfer ist Sagawa selbst. Mit Verbindlichkeiten bei 53 Banken von insgesamt mehr als einer Billion Yen (fast 13 Milliarden Mark) ist der Fuhrkonzern praktisch pleite. Rund die Hälfte der Schulden hat Hiroyasu Watanabe im Alleingang eingefahren.

Denn der Mann, der nicht nein sagen konnte, beglückte nicht nur Politiker, sondern auch sich selbst und seine Freunde mit Krediten und (ungedeckten) Firmenbürgschaften in astronomischer Höhe. Seine Manager-Kollegen wußten meistens von nichts; es gibt fingierte Protokolle von 100 Vorstandssitzungen, die nie stattgefunden haben.

Zu Watanabes besonderen Freunden gehörte Susumu Ishii, ein gerichtsnotorischer Börsenspekulant und Finanzjongleur. Im Hauptberuf war Ishii, der 1991 starb, Boß der Inagawakai, Japans zweitgrößtem Gangster-Syndikat mit mehr als 10 000 Mitgliedern. Mit Milliarden-Krediten finanzierte Watanabes Unternehmen Geschäfte der Unterwelt. So bekam ein „Golfplatzentwickler" aus dem Gangstermilieu über eine Milliarde Mark zugeschanzt, desgleichen ein syndikatseigenes Unternehmen der Unterhaltungsbranche.



Ministerpräsident Miyazawa
Auslaufendes Modell

Bei all diesen windigen Krediten flossen „Vermittlungsgebühren" zurück an Watanabe – der reichte sie weiter an seine Polit-Freunde. Mit Erfolg: Neue Verordnungen zum Speditionswesen gerieten fast allesamt zum Vorteil der Firma.

„Daß sich unsere Politiker vom organisierten Verbrechen haben aushalten lassen", schaudert ein japanischer Diplomat, „ist einfach nicht zu glauben."

„Wir werden die volle Wahrheit aufdecken", beteuert Sadao Yamahana, Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei, und ein Kollege von den Sozialisten bekräftigt: „Wer von unseren Abgeordneten Geld genommen hat, fliegt aus dem Parlament."

Da nach Insider-Vermutungen fast ein Drittel aller Parlamentarier in Tokio dankbar nach Watanabes „Souvenirs" griffen, befinden sich mit Sicherheit auch einige Oppositionsabgeordnete unter den Bestechlichen. Alle Parteien sind sich deshalb stillschweigend einig, die Aufklärung nicht gar zu energisch voranzutreiben.

Die regierende LDP und ihren Ministerpräsidenten Kiichi Miyazawa, 72, bringt der Skandal dennoch in arge Bedrängnis. Die Empörung ist so groß, daß die LDP die im Sommer anstehende Oberhauswahl kaum gewinnen kann. Miyazawa, gerade erst drei Monate im Amt, gilt bereits als auslaufendes Modell.

Seine kurze Regierungszeit war von Anfang an durch Korruptionsgerüchte belastet: Bis heute hat der Premier gegen den Verdacht der Opposition zu kämpfen, er habe sich vor drei Jahren in der Recruit-Bestechungsaffäre bereichert. Der Tokioter Recruit-Konzern hatte Dutzende von Politikern mit Vorzugsaktien zu Billigpreisen bedacht; Miyazawa mußte als Finanzminister zurücktreten.

Mitte Januar wurde sein enger Vertrauter und Schatzmeister der Fraktion, Fumio Abe, in der sogenannten Kyowa-Affäre wegen Bestechlichkeit verhaftet.

Schließlich geriet Miyazawas politischer Mentor, der ehemalige Premier Zenko Suzuki, 81, in den Verdacht, von der Stahlbaufirma Kyowa 110 Millionen Yen genommen zu haben. In dieser Woche soll Suzuki vor dem Parlament aussagen. Nur so waren die Oppositionsparteien dazu zu bewegen, die Parlamentsberatungen, die sie zwei Wochen lang boykottiert hatten, wieder aufzunehmen. Denn bis Ende des Monats muß der Haushalt für das nächste Fiskaljahr, das am 1. April beginnt, im Parlament verabschiedet sein. Wird der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet, bliebe Miyazawa nur mehr der Rücktritt.

Eine parlamentarische Untersuchung des Korruptions-GAUs wäre eine Katastrophe für die seit 37 Jahren regierende LDP: Unter den Spendenempfängern sollen auch fünf ehemalige Ministerpräsidenten sein.